

- 2 **Betriebsräte** Mitbestimmung hilft Frauen und Familien
- 3 **Finanzpolitik** Nutzlose Schuldenbremse
- 4 **Arbeitskosten** Deutschland kann sich höhere Löhne leisten
- 6 **Wohnen** Immobilienboom vertieft soziale Spaltung

ARBEITSBEDINGUNGEN

Ein Drittel leistet Knochenarbeit

Harte körperliche Arbeit ist nach wie vor weit verbreitet. Um Gesundheitsschäden vorzubeugen, sind bessere Arbeitsbedingungen nötig.

Auch im Zeitalter der Digitalisierung ist schwere körperliche Arbeit nicht verschwunden: Fast ein Drittel der Beschäftigten ist sehr häufig oder oft davon betroffen, mehr als die Hälfte muss regelmäßig in ungünstigen Körperhaltungen arbeiten. Das geht aus einer Auswertung des DGB-Index Gute Arbeit hervor, der auf Angaben von über 8000 Arbeitnehmern basiert. Der Anteil ist demnach in den vergangenen Jahren weitgehend stabil geblieben. Der Analyse zufolge dürfte das damit zusammenhängen, dass auch im boomenden Dienstleistungssektor physische Belastungen an der Tagesordnung sind: Von den Beschäftigten in Pflegeberufen gehören 74 Prozent zu den Betroffenen, in Verkaufsberufen 53 Prozent. Das Geschlecht spielt kaum eine Rolle: Unter Frauen ist die Quote mit 27 Prozent fast so hoch wie unter Männern mit 33 Prozent.

Zu den Beschäftigtengruppen, die überproportional oft körperlich harte Arbeit verrichten müssen, gehören Leiharbeiter mit einem Anteil von 53 Prozent, Geringqualifizierte mit 52 Prozent und Schichtarbeiter mit 50 Prozent. Diejenigen, die weniger als 2000 Euro brutto im Monat verdienen, sind zu 42 Prozent betroffen, diejenigen mit mehr als 4000 Euro Gehalt nur zu 6 Prozent.

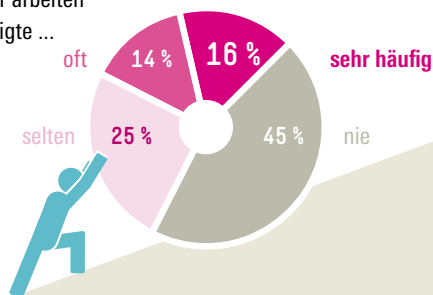
Die Auswirkungen auf die Gesundheit sind deutlich: Als gut oder sehr gut beschreiben ihre gesundheitliche Verfassung 73 Prozent der Befragten, die nie Schwerarbeit leisten, aber nur 49 Prozent derjenigen, die das sehr häufig tun. Dass sie beruflich bis zum gesetzlichen Rentenalter durchhalten können, bezweifeln 25 Prozent der nie und 69 Prozent der sehr häufig körperlich hart Arbeitenden.

Entlastungsmöglichkeiten wie zusätzliche Pausen oder ein zeitweiliger Wechsel zu weniger anstrengenden Tätigkeiten stehen 51 Prozent der Betroffenen nie oder selten offen. Dabei wären sie dringend geboten: Körperlich schwer Arbeitende, die oft in den Genuss von Entlastung kommen, bescheinigen sich zu 57 Prozent einen guten oder sehr guten Gesundheitszustand, bei denjenigen ohne Entlastungsmöglichkeiten sind es nur 43 Prozent. Vier Fünftel dieser Befragten gehen davon aus, dass bessere Arbeitsbedingungen sich positiv auf ihre Gesundheit auswirken würden. <

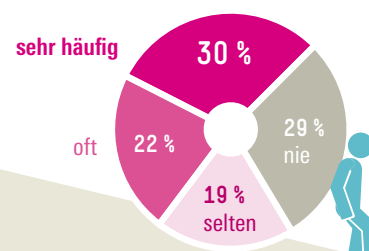
Quelle: Körperlich harte Arbeit – So beurteilen die Beschäftigten ihre Belastungen. Ergebnisse einer Sonderauswertung der Repräsentativumfragen zum DGB-Index Gute Arbeit 2018, Mai 2019 [Studie zum Download](#)

Wenn Arbeit schlaucht

Körperlich schwer arbeiten müssen Beschäftigte ...



Ungünstige Körperhaltungen einnehmen müssen Beschäftigte ...



Mitbestimmung hilft Frauen und Familien

Mitbestimmte Betriebe schneiden bei der gezielten Förderung von Frauen deutlich besser ab als Firmen ohne Betriebsrat. Dasselbe gilt für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Geschlechtergleichheit ist im Berufsleben noch lange nicht erreicht. Laut Uwe Jirjahn und Jens Mohrenweiser sind Frauen im Vergleich zu Männern häufiger von Erwerbsunterbrechungen betroffen, haben kürzere Arbeitszeiten, sind unterrepräsentiert in Führungspositionen und werden im Mittel schlechter entlohnt. Die Ökonomen von der Universität Trier und der Bournemouth University haben untersucht, ob betriebliche Mitbestimmung dabei helfen kann, die beruflichen Chancen von Frauen zu verbessern. Ihren Ergebnissen zufolge tragen Betriebsräte in der Tat dazu bei, dass Firmen frauenfreundlicher werden.

Dass Frauen auf dem Arbeitsmarkt oft das Nachsehen haben, dürfte zum einen an der ungleichen Verteilung familiärer Verpflichtungen liegen, schreiben Jirjahn und Mohrenweiser. Eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie trage insofern zu mehr Chancengleichheit bei. Darüber hinaus sei aber auch anzunehmen, dass Diskriminierung und stereotypes Denken eine Rolle spielen. Um die Nachteile auszugleichen, die Frauen daraus entstehen, seien spezielle Programme zur Frauenförderung notwendig.

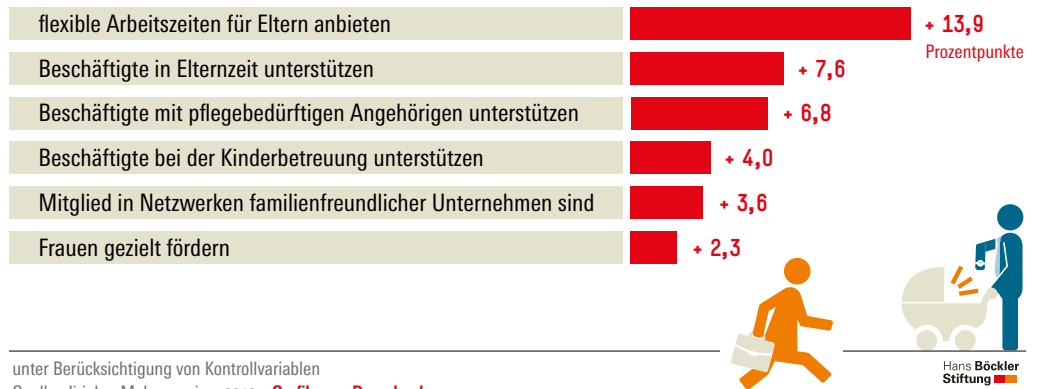
Das Betriebsverfassungsgesetz sieht vor, dass Betriebsräte sich sowohl für Gleichstellung als auch für Vereinbarkeit einsetzen. Inwiefern sie dabei erfolgreich sind, haben die Forscher anhand von Daten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung aus den Jahren 2012 bis 2016 überprüft.

Den Berechnungen zufolge sind in der Tat Effekte nachweisbar, die „nicht nur statistisch signifikant, sondern auch ökonomisch relevant“ sind. Die Wahrscheinlichkeit, dass Betriebe flexible Arbeitszeitarrangements für Beschäftigte mit Betreuungspflichten wie Gleitzeit oder Homeoffice anbieten, erhöht sich demnach um 13,9 Prozentpunkte, wenn es einen Betriebsrat gibt. Faktoren wie die Qualifikationsstruktur der Belegschaft, der Frauenanteil, die Betriebsgröße oder die Branche sind dabei herausgerechnet. Dass Beschäftigte in Elternzeit durch Information oder Weiterbildung unterstützt werden, wird um 7,6 Prozentpunkte wahrscheinlicher. Die Chance auf Unterstützung für Beschäftigte mit pflegebedürftigen Angehörigen in Form von Beratung oder Kooperationen mit Pflegeeinrichtungen steigt um 6,8

Prozentpunkte. Die Wahrscheinlichkeit, dass es Zuschüsse für die Kinderbetreuung, einen Betriebskindergarten oder Kooperationen mit Kitas gibt, ist in mitbestimmten Betrieben 4 Prozentpunkte höher. Dass der Arbeitgeber Mitglied in einem Netzwerk familienfreundlicher Unternehmen ist, wird um 3,6 Prozentpunkte wahrscheinlicher. Wenn es um gezielte Maßnahmen zur Förderung der Chancengleich-

Mehr Vereinbarkeit und Frauenförderung dank Betriebsrat

Betriebliche Mitbestimmung erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass Betriebe ...



heit von Frauen und Männern geht, also beispielsweise um Mentoring-Programme, spezielle Weiterbildung oder Frauenförderpläne, beträgt der Effekt 2,3 Prozentpunkte. Da sich im Durchschnitt nur 3,7 Prozent aller Betriebe in dieser Weise engagieren, entspreche das einer Steigerung um 62 Prozent, so die Wissenschaftler.

Jirjahn und Mohrenweiser erklären die gemessenen Effekte zum einen damit, dass Betriebsräte die Verhandlungsmacht der Beschäftigten erhöhen. Das mache es möglich, Geschlechtergleichheit auch gegen voreingenommene Arbeitgeber durchzusetzen. Indem sie ihre Informationsrechte in Anspruch nehmen, erhöhten Arbeitnehmervertreter zudem die Transparenz im Betrieb, was Diskriminierung erschwere. Als Sprachrohr der Belegschaft sei der Betriebsrat zudem in der Lage, ein Dilemma zu lösen: Sobald sich einzelne Frauen für familienfreundliche Angebote aussprechen, könnten sie sich dem Verdacht aussetzen, eher an Familie als an Karriere interessiert zu sein und so ihre beruflichen Chancen beeinträchtigen. Ein Betriebsrat, der für alle Beschäftigten spricht, hat dieses Problem nicht. <

Quelle: Uwe Jirjahn, Jens Mohrenweiser: Works Councils and Organizational Gender Policies in Germany, IZA Discussion Paper Nr. 12344, Mai 2019 [Studie zum Download](#)

Nutzlose Schuldenbremse

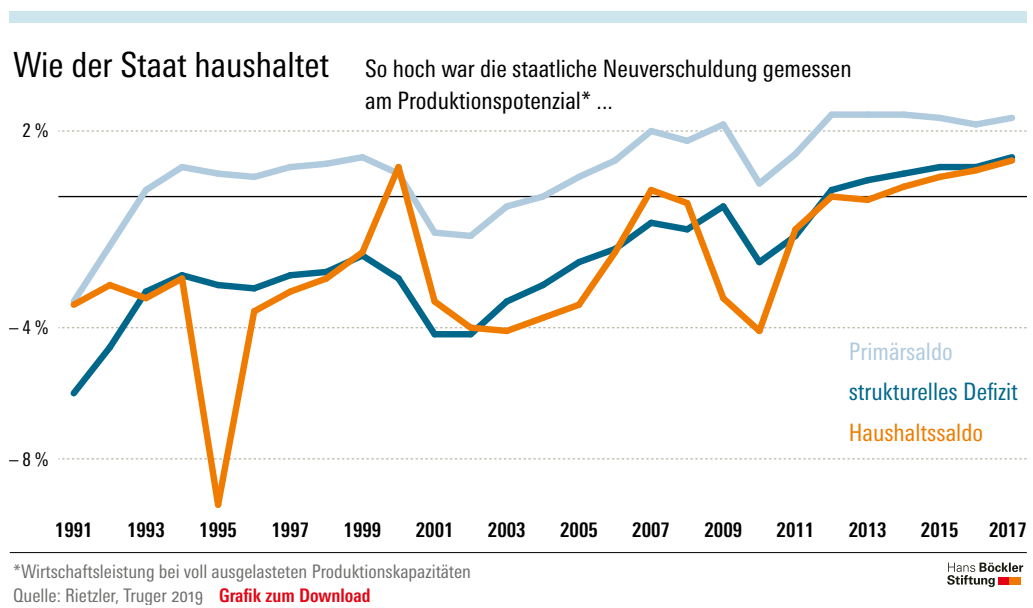
Dass Deutschland bei den öffentlichen Finanzen so gut dasteht, liegt nicht an der Schuldenbremse, sondern hat gesamtwirtschaftliche Ursachen.

Die Schuldenbremse kommt unter Druck: Neuerdings kritisieren auch konservative Ökonomen, dass sie die öffentliche Hand von dringend notwendigen Investitionen abhält – eine Gefahr, vor der das IMK schon lange vor der Einführung gewarnt hat. Grundsätzlich halten manche der Neu-Skeptiker die Schuldenbremse aber nach wie vor für ein sinnvolles Instrument, das die Politik zu Ausgabendisziplin zwingt. Tatsächlich kommt die Bundesregierung seit mehreren Jahren ohne Neuverschuldung aus. IMK-Forscherin Katja Rietzler und Achim Truger von der Universität Duisburg-Essen zeigen allerdings, dass es kaum einen Zusammenhang mit der Schuldenbremse gibt. Ihrer Analyse zufolge ist die positive Entwicklung bei den Staatsfinanzen in erster Linie auf den Wirtschaftsboom, niedrige Zinsen und Einmaleffekte zurückzuführen. Im Vergleich zu früheren Phasen fallen die Konsolidierungserfolge zudem nicht außergewöhnlich groß aus.

Die Schuldenbremse wurde 2009 ins Grundgesetz aufgenommen. Das „strukturelle Defizit“ der Bundesregierung – also die um konjunkturelle Schwankungen bereinigte Neuverschuldung – darf demnach 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht überschreiten, bei den Ländern sind null Prozent vorgesehen. Eine zyklische Komponente erlaubt gewisse Abweichungen im Abschwung, in Notsituationen gibt es Ausnahmen. Bei der Einführung wurde beschlossen, dass die Regelungen schrittweise in Kraft treten, für den Bund greifen sie vollständig seit 2016, für die Länder ab 2020.

Wenn man sich die Entwicklung der vergangenen zehn Jahre anschaut, könnte die Schuldenbremse zunächst wie ein Erfolg erscheinen, schreiben Rietzler und Truger. Seit ihrer Einführung sei es zu einer „rasanten Konsolidierung“ gekommen: Der gesamtstaatliche Haushaltssaldo hat sich zwischen 2010 und 2017 von minus 4,2 auf plus 1,1 Prozent der Wirtschaftsleistung verbessert, also um 5,3 Prozentpunkte. Beim strukturellen Defizit beträgt die Differenz 3,2 Prozentpunkte, beim Primärsaldo – dem Betrag vor den Zinsausgaben – immerhin noch zwei Prozentpunkte. Unter anderem aufgrund solcher Zahlen habe die Schuldenbremse als Blaupause für strengere Auflagen beim europäischen Fiskalpakt gedient, so die Ökonomen.

Der Konsolidierungserfolg fällt allerdings weit weniger beeindruckend aus, wenn man ihn historisch einordnet. Laut den Berechnungen der Wissenschaftler konnte das strukturelle Defizit zwischen 1991 und 1994 um 3,6 Prozentpunkte reduziert werden, zwischen 2002 und 2007 um 3,4 Prozentpunkte. Beim Primärsaldo wurden Verbesserungen um 4,1 und 3,2 Prozentpunkte erzielt.



Darüber hinaus verweisen Rietzler und Truger auf die „sehr vorteilhaften makroökonomischen Rahmenbedingungen“ der vergangenen zehn Jahre. Demnach sind die Löhne seit 2010 im Schnitt um 4 Prozent pro Jahr gestiegen, die Arbeitslosenquote liegt bei knapp 5 Prozent. Zwischen 2002 und 2007 betrug die jährliche Steigerungsrate bei den Löhnen noch 1 Prozent, die Arbeitslosenquote 9 Prozent. Während zwischen 2002 und 2007 staatliche Ausgaben gekürzt wurden, hätten seit 2010 vor allem die sprudelnden Einnahmen zur Sanierung der Staatsfinanzen beigetragen, so die Forscher. Gleichzeitig sei der Finanzbedarf der Sozialversicherungen gegenüber den Krisenjahren 2009 und 2010 gesunken. Dass die Kosten für die Konjunkturpakete weggefallen sind, stelle einen Einmaleffekt dar. Darüber hinaus gelte es, das außergewöhnlich niedrige Zinsniveau der vergangenen Jahre in Rechnung zu stellen.

Das Fazit der Wissenschaftler: „Die scheinbar eindrucksvollen Konsolidierungserfolge der Bundesregierung verdanken sich nahezu ausschließlich den günstigen Wirtschaftsbedingungen und Einmaleffekten.“ Die Schuldenbremse habe offenbar wenig oder gar nichts dazu beigetragen. <

Quelle: Katja Rietzler, Achim Truger: Is the „Debt Brake“ behind Germany's successful fiscal consolidation? Revue de l'OFCE, Mai 2019 [Studie zum Download](#)

Deutschland kann sich höhere Löhne leisten

Die Wirtschaft kann höhere Arbeitskosten gut verkraften. Das wahre Problem ist ein anderes: Mangelnde Investitionen gehen zulasten der Produktivität und gefährden den Wohlstand.

Für eine Stunde Arbeit zahlten deutsche Unternehmen im vergangenen Jahr durchschnittlich 35 Euro. Damit lag Deutschland lediglich im westeuropäischen Mittelfeld – in fünf anderen Ländern waren die Arbeitskosten in der privaten Wirtschaft höher. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen sie in Deutschland um 2,3 Prozent, einen halben Prozentpunkt weniger als im Durchschnitt der Europäischen Union. Zu diesen Ergebnissen kommt der Arbeits- und Lohnstückkostenreport des IMK von Alexander Herzog-Stein, Ulrike Stein und Rudolf Zwiener.

Auf lange Sicht haben die Arbeitskosten nur sehr mäßig zugelegt: Im Zeitraum von 2001 bis Ende 2018 verzeichnete die Bundesrepublik den drittgeringsten Anstieg innerhalb der EU, dahinter lagen nur noch Griechenland und Portugal. Erst in den vergangenen Jahren, in denen die Wirtschaft kräftig boomte, seien die Löhne und damit die Arbeitskosten in Deutschland wieder etwas stärker gestiegen, heißt es im Report des IMK. Es bestehe aber immer noch „Spielraum nach oben“. Ähnlich fiel der Trend bei den Lohnstückkosten aus, die für die internationale Wettbewerbsfähigkeit eine größere Rolle spielen. Zu den Arbeitskosten zählen neben dem Bruttolohn die Arbeitgeberanteile an den Sozialbeiträgen, Aufwendungen für Aus- und Weiterbildung sowie bestimmte Steuern. Die Lohnstückkosten setzen die Arbeitskosten ins Verhältnis zur Produktivität. Das IMK nutzt für seine Studie die neuesten verfügbaren Zahlen der europäischen Statistikbehörde Eurostat.

Industrie profitiert von günstigen Dienstleistungen

Auffällig ist, dass in Deutschland die Arbeitskosten für Dienstleistungen deutlich niedriger liegen als in der Industrie: Im verarbeitenden Gewerbe betragen sie zuletzt 40 Euro pro Arbeitsstunde, im privaten Dienstleistungssektor waren es 32,50 Euro. In Deutschland sei der Abstand zwischen beiden Sektoren größer als in jedem an-

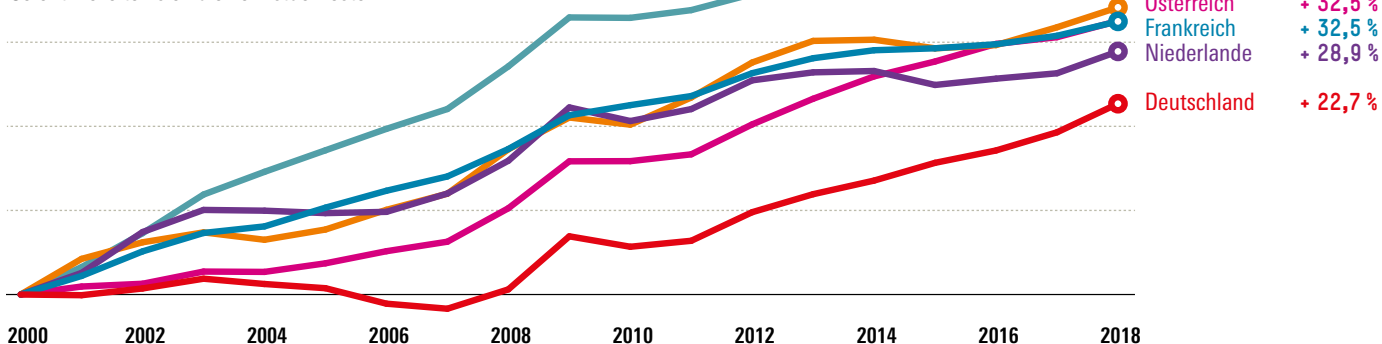
deren EU-Land, so die Autoren des Reports. Nutznießer sei die Industrie, die Vorleistungen der Dienstleistungsbranchen günstig einkaufen kann. Dadurch entsteht nach Berechnungen des IMK insgesamt eine Kosteneinsparung von rund vier Euro pro Stunde. Während der Dienstleistungssektor die Industrie hierzulande deutlich entlaste, sei es insbesondere in den mittel- und osteuropäischen Ländern umgekehrt.

Nachholbedarf bei den Lohnstückkosten

Auch die Lohnstückkosten legten im Zeitraum von 2000 bis Ende 2018 nur mäßig zu – im längerfristigen Durchschnitt nur um 1,1 Prozent pro Jahr. Im vergangenen Jahr lag die Rate zwar immerhin bei 2,8 Prozent, da der Produktivitätsfortschritt aufgrund des schwächeren Wirtschaftswachstums im Jahresverlauf faktisch zum Stillstand kam. Dennoch ist der Nachholbedarf immer noch groß: Trotz der Zuwächse in den vergangenen Jahren sind die Lohnstückkosten seit Einführung des Euros deutlich schwächer gestiegen als in fast allen anderen Mitgliedsstaaten der Währungsunion – und schwächer, als mit dem Inflationsziel der Europäischen Zentralbank vereinbar ist. Diese Entwicklung trug laut IMK auch zu den ausgeprägten wirtschaftlichen Ungleichgewichten im Euroraum bei. Eine langfristig „stabilitätskonforme“ Wachstumsrate der Lohnstückkosten müsste nach Ansicht der Wissenschaftler bei knapp zwei Prozent pro Jahr liegen. Die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen sei dadurch nicht gefährdet. Zumal eine „Rückkehr zu normalen Lohnerhöhungen“ keine Belastung für die deutsche Wirtschaft darstellt, sondern sich im Gegenteil als Stärke erweist: Die höheren Löhne steigern den privaten Konsum, was wiederum für eine stärkere Binnen nachfrage sorgt. Dies habe „die deutsche Volkswirtschaft in den letzten Jahren auf einen ausbalancierteren Wachstumspfad geführt“, schreiben Herzog-Stein, Stein und Zwiener.

Nachholbedarf in Deutschland

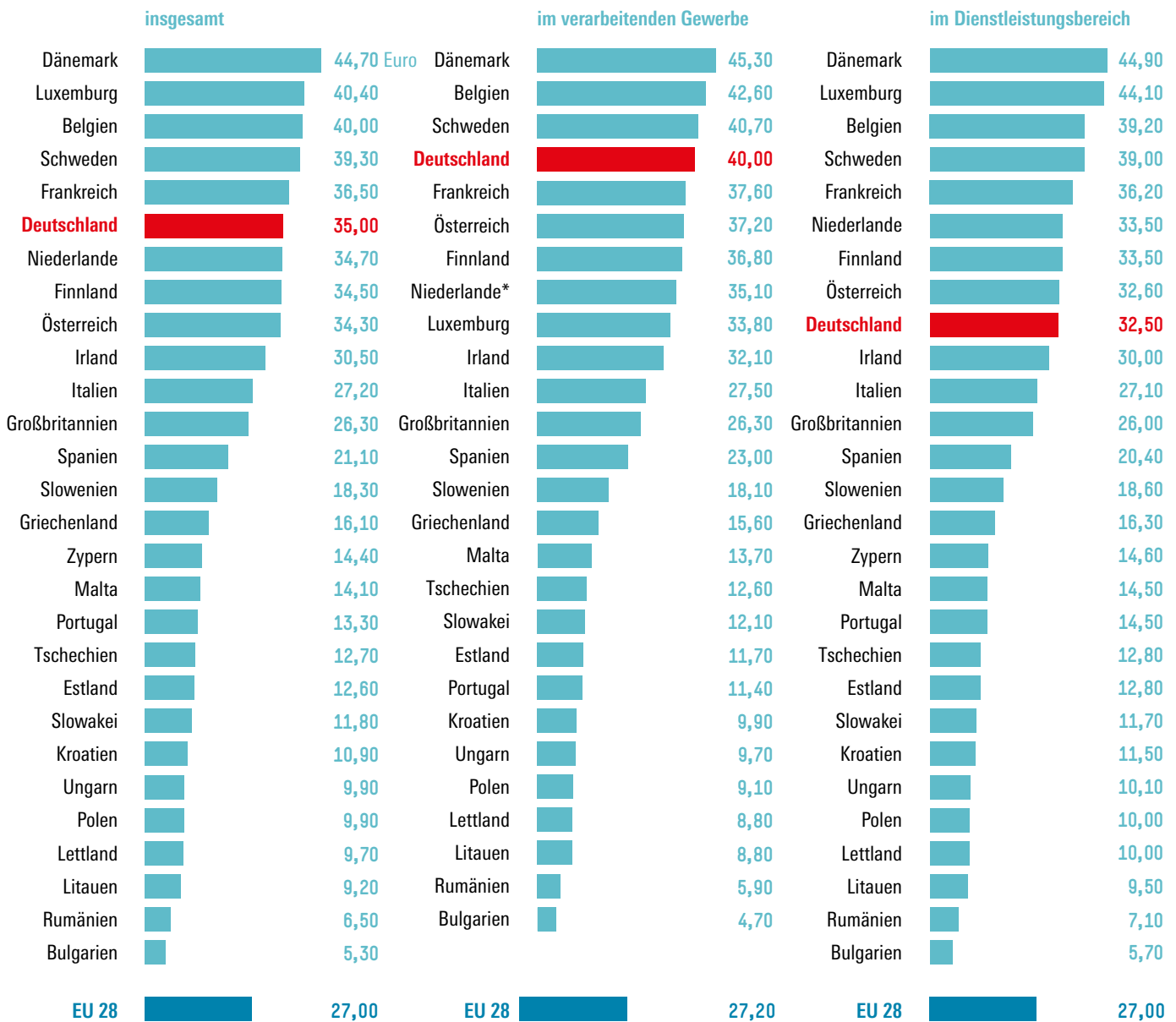
So entwickelten sich die Lohnstückkosten in ...



2000 = 100; Quelle: IMK 2019 [Grafik zum Download](#)

Industrie und Dienstleistungen in Deutschland am weitesten auseinander

Die Arbeitskosten in der Privatwirtschaft betragen 2018 pro Stunde ...



*letzte verfügbare Daten: 2016; Quelle: IMK 2018 [Grafik zum Download](#)

Hans Bäckler
Stiftung

Investitionsschwäche ist das größte Problem

Während die deutsche Wirtschaft die höheren Arbeitskosten gut verkraften kann, macht ihr ein anderes Problem zunehmend zu schaffen: die marode öffentliche Infrastruktur. Inzwischen geben in Umfragen rund zwei Drittel der deutschen Unternehmen an, durch Infrastrukturmängel regelmäßig in ihren Geschäften behindert zu werden. Dies erklärt auch, warum sie sich trotz anhaltend hoher Gewinne, niedriger Schuldenstände und günstiger Finanzierung in den vergangenen Jahren mit Investitionen zurückgehalten haben. Dadurch, dass Investitionen ausgeblieben sind, wurde das Produktivitätswachstum gebremst. „Das ist problematisch, weil langfristig das Produktivitätswachstum den Verteilungsspielraum bestimmt. Weniger Produktivität bedeutet dann am Ende: niedrigeres Lohnwachstum, weni-

ger Gewinne und für alle weniger Einkommen“, erklärt Sebastian Dullien, der wissenschaftliche Direktor des IMK. Die Zahlen aus dem Arbeitskostenreport belegten, dass die Investitionsschwäche zunehmend den deutschen Wohlstand gefährdet. Damit die Unternehmen wieder mehr investieren, müsse der Staat mit gutem Beispiel vorangehen, fordert Dullien: „Und das heißt: Wir brauchen mehr staatliche Investitionen.“ <

Quelle: Alexander Herzog-Stein, Ulrike Stein, Rudolf Zwiener: Arbeits- und Lohnstückkostenentwicklung 2018 im europäischen Vergleich, IMK Report Nr. 148, Juli 2019 [Studie zum Download](#)

Immobilienboom vertieft soziale Spaltung

Gestiegene Häuserpreise in Deutschland haben die Ungleichheit erheblich vergrößert. Das reichste Zehntel hat seit 2011 real 1,5 Billionen Euro durch Wertsteigerungen gewonnen, während ärmere Haushalte unter steigenden Mieten leiden.

Deutschland ist ein Nachzügler. Als in den 1990er-Jahren von New York bis Stockholm die Immobilienpreise anzogen, blieben die Zuwächse hierzulande überschaubar. Doch im vergangenen Jahrzehnt sind auch die deutschen Preise für Wohnungen und Häuser nach oben geschneilt. Im Gegensatz zu dem, was in anderen Ländern zu beobachten war, handelt es sich dabei nicht um eine mit Krediten aufgepumpte Spekulationsblase. Der Zunahme des Immobilienvermögens um inflationsbereinigt bis zu 2,8 Billionen Euro seit 2011 steht kein Anstieg der Hypothekenschuldung gegenüber. In Deutschland dürfte es deshalb nicht zu einem Immobilienencrash à la USA kommen. Es droht aber eine soziale Krise, weil die Entwicklung am Immobilienmarkt die Ungleichheit drastisch verschärft. Sie hat „die Reichen reicher gemacht“, während viele Haushalte mit mittleren und niedrigeren Einkommen immer höhere Mieten zahlen müssen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung der Ökonomen Till Baldenius, Moritz Schularick und Sebastian Kohl von der Universität Bonn beziehungsweise dem Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.

In Deutschland verfügt weniger als die Hälfte der Haushalte über eine eigene Immobilie, im internationalen Vergleich ein sehr niedriger Wert. Und 60 Prozent des Immobilienbesitzes entfallen auf das reichste Zehntel der Haushalte. Daher konzentrieren sich die Bewertungsgewinne hierzulande auf eine besonders kleine Gruppe. Der Studie zufolge sind „die Top-10-Prozent der deutschen Vermögensverteilung allein durch höhere Immobilienpreise inflationsbereinigt um knapp 1500 Milliarden Euro reicher geworden“. Aber: „Fast leer ausgegangen ist die untere Hälfte der deutschen Vermögensverteilung.“

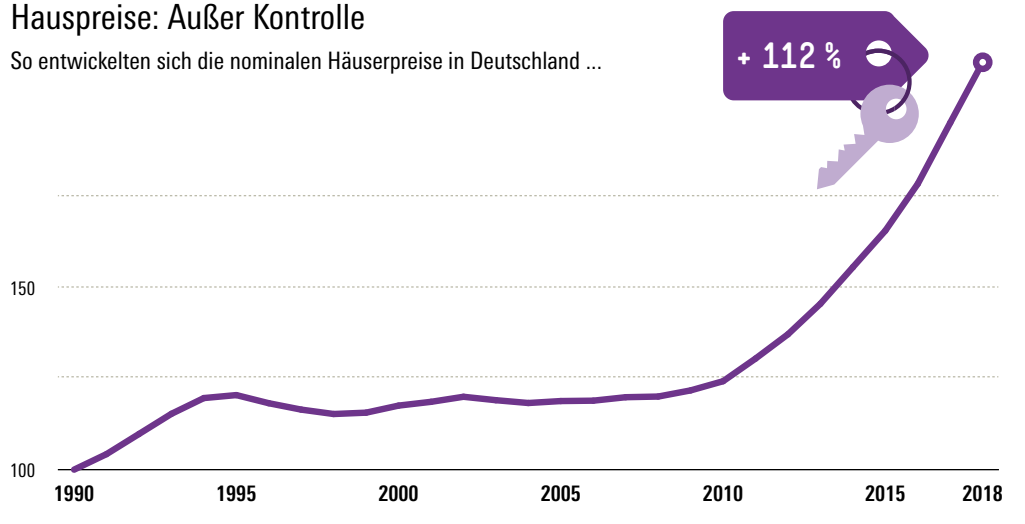
Auch in regionaler Hinsicht sind die Vermögensgewinne höchst ungleich verteilt: „Der Immobilienboom hat ökonomisch prosperierende und reiche Regionen reicher gemacht, während ärmere Gegenden weiter zurückgefallen sind.“ Keine nennenswerten Wertsteigerungen hat etwa der Immobilienbestand im Ruhrgebiet oder in Ostdeutschland – außer Berlin – erfahren. Kaum profitiert haben außerdem die Besitzer von Immobilien in ländlichen Regionen.

Die Verlierer des Booms

Im Sog der steigenden Immobilienpreise legen auch die Mieten in den Metropolen und ihrem Umland zu, was vor allem Haushalten in unteren und mittleren Einkommenschichten zusetzt. Die Analysen von Baldenius, Schularick und Kohl zeigen, dass die Mieterhöhungen des vergangenen Jahrzehnts in Stadtteilen mit vormals geringem oder mittlerem Mietniveau besonders hoch ausfielen – Stichwort Gentrifizierung. Hier wird die ansässige Bevölkerung nach und nach von zahlungskräftigeren Mietern verdrängt.

Hauspreise: Außer Kontrolle

So entwickelten sich die nominalen Häuserpreise in Deutschland ...

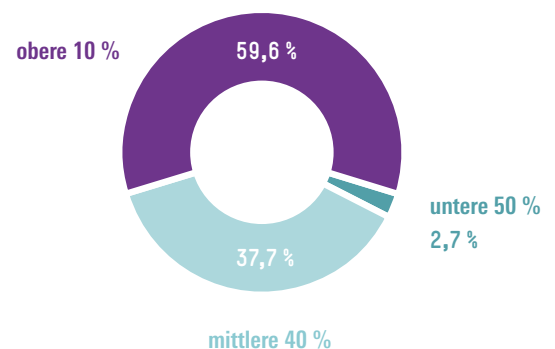


1990 = 100; Quelle: Baldenius u.a. 2019, Daten: Bulwiengesa [Grafik zum Download](#)

Hans Böckler Stiftung

Immobilienvermögen konzentriert sich bei Reichen

So verteilte sich das deutsche Immobilienvermögen 2011 auf die Vermögensschichten ...

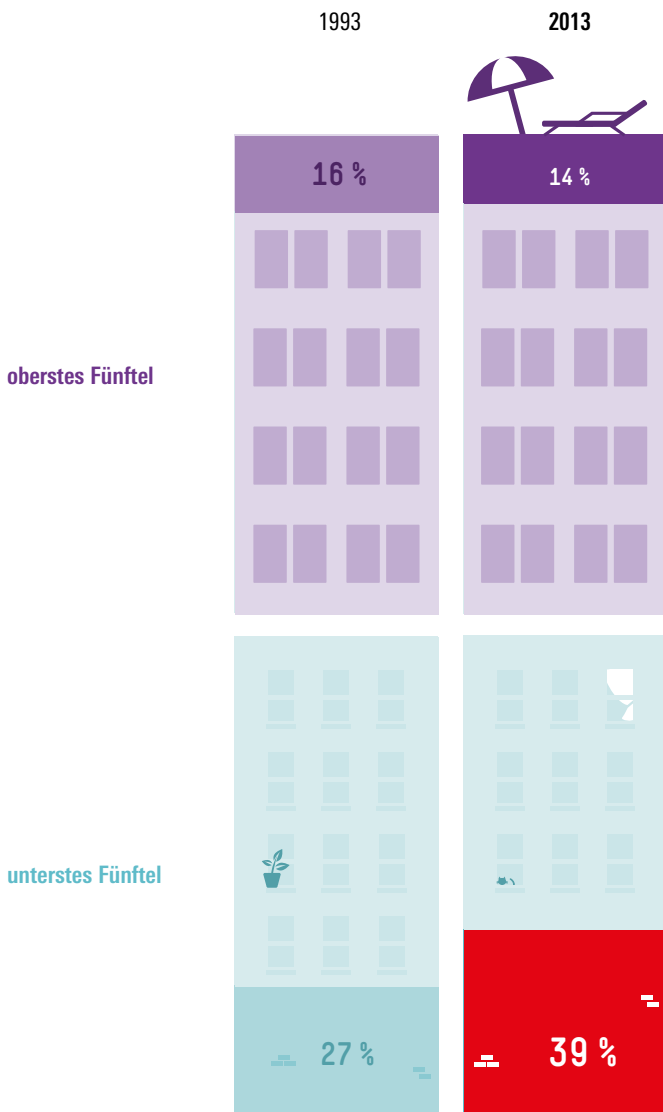


Quelle: Baldenius u.a. 2019, Daten: Bundesbank [Grafik zum Download](#)

Hans Böckler Stiftung

Teure Miete für Geringverdiener

So viel von ihrem Einkommen gaben Haushalte für Wohnen aus ...



Quelle: Dustmann u. a. 2018 [Grafik zum Download](#)

Hans Böckler
Stiftung

Wie sehr sich die Lage am Wohnungsmarkt für Menschen mit geringen Einkommen verschlechtert hat, lässt sich daran ablesen, welchen Anteil die Miete an den Gesamtausgaben eines Haushalts hat. Das nach Einkommenshöhe unterste Fünftel der Haushalte gab in den 1990er-Jahren etwa 25 Prozent seines Geldes für die Miete aus, zeigen die Forscher. Inzwischen sind es fast 40 Prozent.

Die Politik müsse etwas gegen den Wohnungsmangel unternehmen, schreiben die Wissenschaftler. Dazu sei ein groß angelegtes öffentliches Wohnungsbauprogramm unerlässlich. Denn „gerade in den Ballungsgebieten ist es zweifelhaft, ob der Markt in kurzer Zeit ausreichend neuen Wohnraum bauen kann und wird. Die Erschließung von neuem Bauland, die Verkehrsanbindung und Bereitstellung anderer Infrastruktur verlangt nach einer koordinierenden öffentlichen Hand“. Die Autoren erinnern daran, dass es in der Nachkriegszeit in Westdeutschland unter staatlicher Ägide – Wohnraumbewirtschaftung, sozialer Wohnungsbau, Förderung gemeinnütziger Bautätigkeit – gelang, 600 000 Wohnungen pro Jahr zu bauen – während es heute gerade einmal 280 000 in ganz Deutschland sind. Werde im kommenden Jahrzehnt nicht mehr gebaut als heute, gebe es 2030 rund eine Million Wohnungen zu wenig, prognostizieren sie.

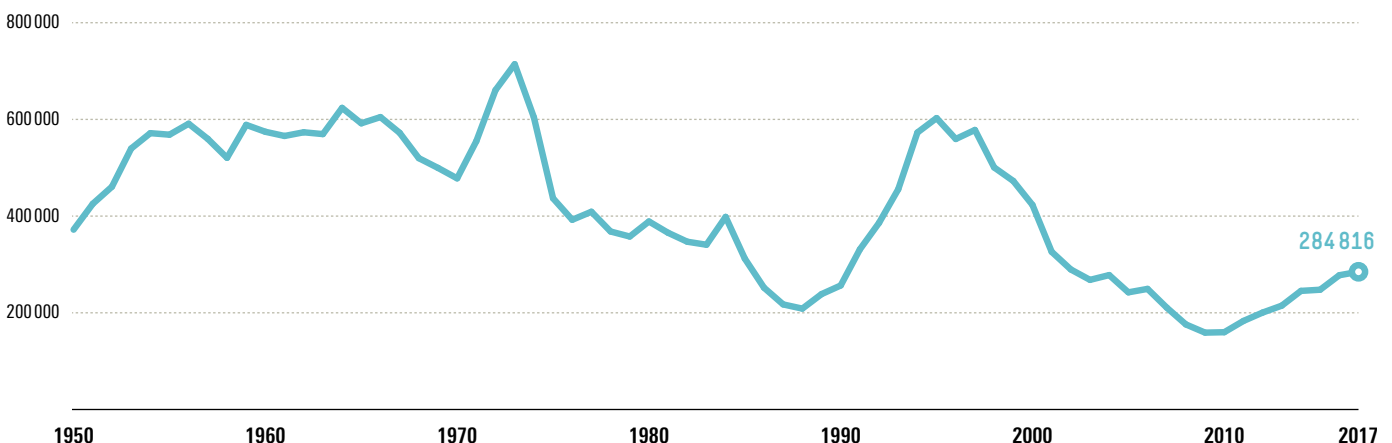
Deutschland brauche „dringend einen neuen politischen Konsens, dass der Wohnungsbau zu den herausragenden wirtschafts- und sozialpolitischen Prioritäten des nächsten Jahrzehnts gehört“. Öffentlicher Wohnungsbau würde nicht nur die soziale Lage entschärfen, sondern könnte für den Staat dank seiner derzeit extrem günstigen Finanzierungssituation – für zehnjährige Kredite braucht er im Moment keine Zinsen zu zahlen – auch wirtschaftlich profitabel sein. Hinzu kommen die geminderten volkswirtschaftlichen Kosten, die daraus entstehen, dass es dort, wo offene Stellen zu besetzen wären, oft an bezahlbarem Wohnraum fehlt. <

Quelle: Till Baldenius, Sebastian Kohl, Moritz Schularick: Die neue Wohnungsfrage.

Gewinner und Verlierer des deutschen Immobilienbooms, Juni 2009 [Studie zum Download](#)

Seit Jahren wird zu wenig gebaut

So viele Wohnungen wurden in der Bundesrepublik fertiggestellt ...



Quelle: Baldenius u. a. 2019, Daten: Destatis [Grafik zum Download](#)

Hans Böckler
Stiftung

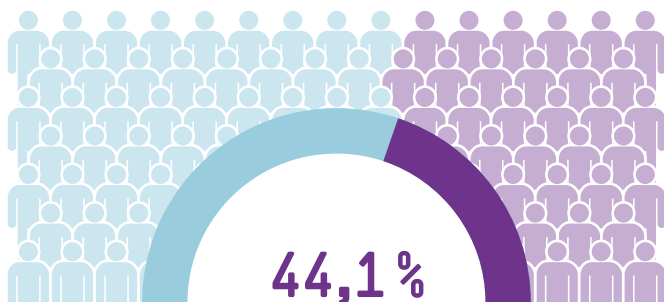
IMPRESSUM

Herausgeber: Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon: +49 211 77 78-0
Verantwortlich: Michael Guggemos, Geschäftsführer der Hans-Böckler-Stiftung
Leiter Öffentlichkeitsarbeit: Rainer Jung
Redaktion: Dr. Philipp Wolter (Leitung), Jörg Hackhausen
Dr. Kai Kühne, Sabrina Böckmann
redaktion-impuls@boeckler.de
Telefon: +49 211 77 78-631, Telefax: +49 211 77 78-4631
Druck und Versand: Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf
Nachdruck nach Absprache mit der Redaktion und unter Angabe der Quelle frei
www.boecklerimpuls.de

ARBEITSMARKT

Fast die Hälfte der neuen Jobs ist befristet

Der Anteil der befristeten Verträge an allen Neueinstellungen betrug 2018 ...



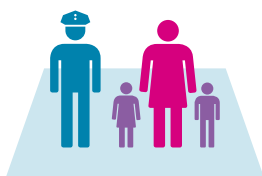
Arbeitgeber sagen, sie stellen Beschäftigte befristet ein ...

um deren Eignung zu testen	51,0%
als Vertretung	33,4%
wegen unsicherer wirtschaftlicher Perspektive	25,0%
für Auftragsspitzen	23,7%
mangels dauerhafter Finanzierung der Stelle	14,1%
weil befristet Beschäftigte höher motiviert seien	11,4%

Quelle: IAB, Juni 2019 [Grafik zum Download](#)

ÖFFENTLICHER DIENST

Mehr Polizisten und Erzieherinnen



Mehr Personal bei Polizei und Kitas sorgt für einen kleinen Beschäftigungszuwachs im öffentlichen Dienst. Von Mitte 2017 bis Mitte 2018 kamen bei der Polizei 7000 Beschäftigte hinzu, Kitas stellten 9200 neue Erzieherinnen

ein. In den vergangenen zehn Jahren ist die Beschäftigtenzahl in dieser Berufsgruppe um 62 Prozent auf 221 300 gestiegen. Insgesamt arbeiten im öffentlichen Dienst 4,8 Millionen Menschen. <

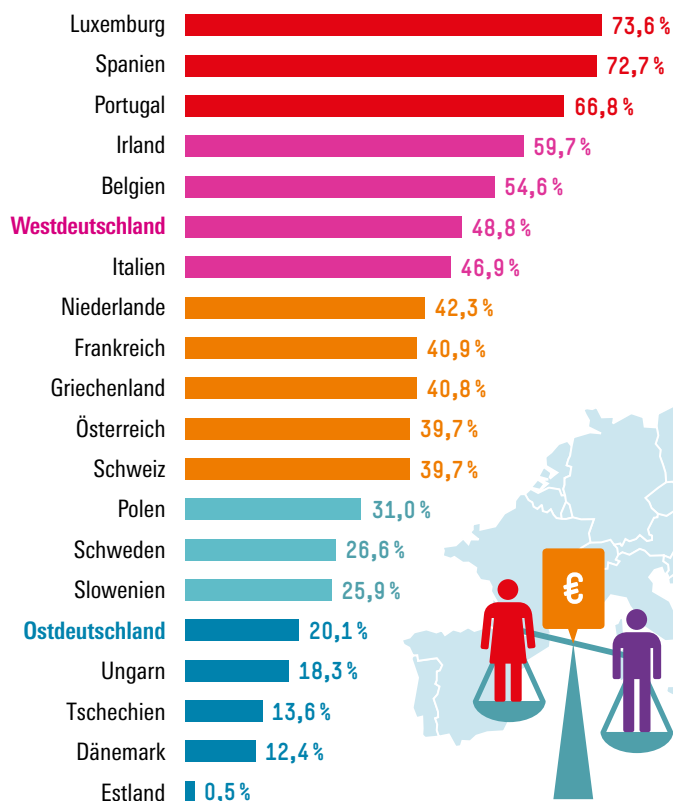
Quelle: Destatis, Juni 2019

Der nächste **Böckler Impuls** erscheint am 12. September

RENTE

Gender Pension Gap in Luxemburg am höchsten

So weit bleiben die Renten von Frauen hinter denen der Männer zurück in ...



Quelle: DIW, Juni 2019 [Grafik zum Download](#)

ARBEIT 4.0

16 Millionen bilden sich digital weiter

2018 nahmen von 40 Millionen erwerbstätigen Internetnutzern in Deutschland 16 Millionen oder 39 Prozent an IT-Weiterbildung teil. Die Teilnehmer beschäftigten sich mit ...



spezifischen Softwareanwendungen für die Arbeit	68%
Datenanalyse oder Datenbankverwaltung	24%
IT-Sicherheit oder Datenschutz	18%

Mehrfachnennungen möglich

Quelle: TUM, Juni 2019 [Grafik zum Download](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Digitalausgabe bestellen unter www.boeckler.de/impuls-bestellen.htm